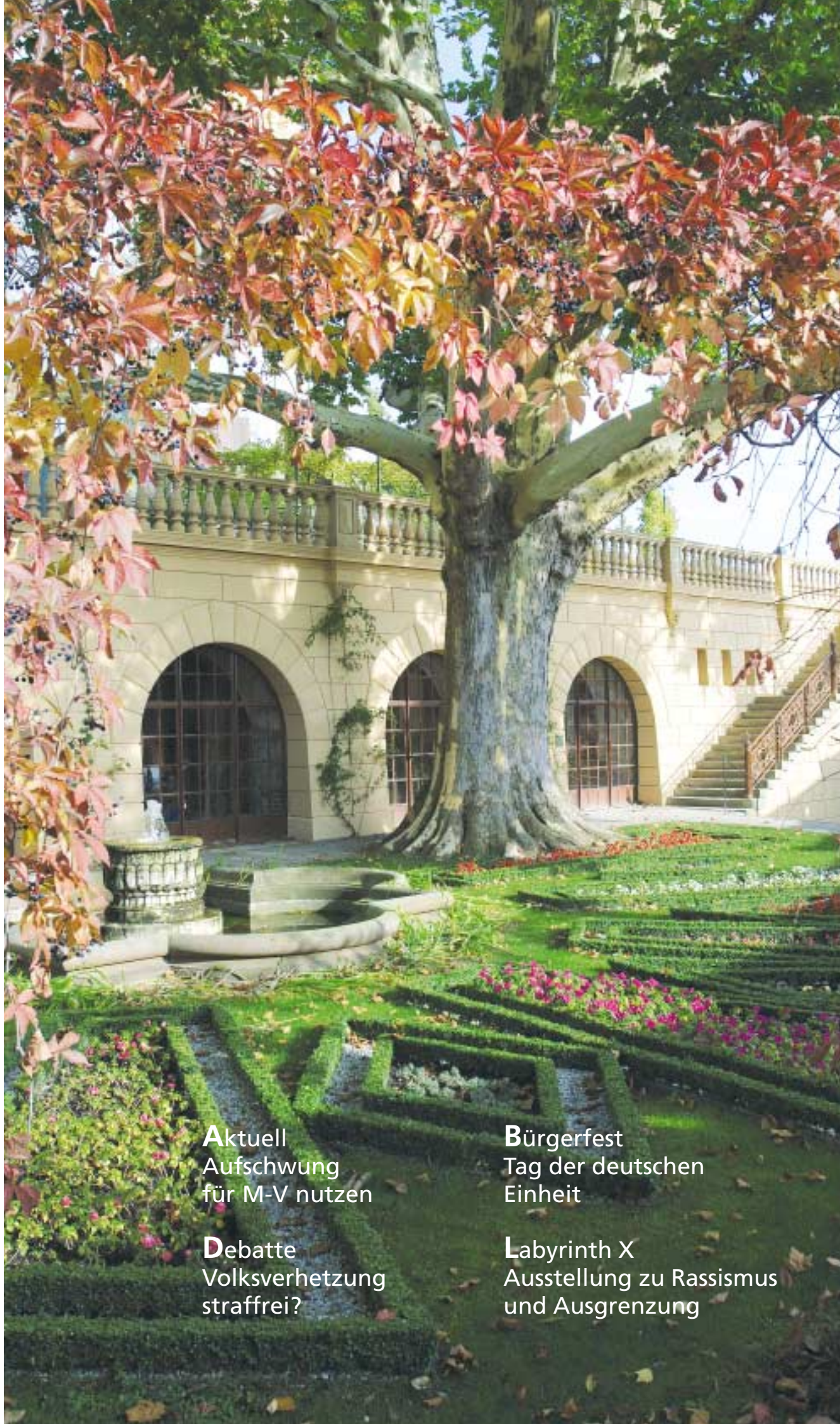


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



Jahrgang 17
7 / 2007



Aktuell
Aufschwung
für M-V nutzen

Debatte
Volksverhetzung
straffrei?

Bürgerfest
Tag der deutschen
Einheit

Labyrinth X
Ausstellung zu Rassismus
und Ausgrenzung

Inhalt

Spezial

Tag der deutschen Einheit 3

Aus dem Plenum

Aktuelle Stunde: 4 – 5

Wirtschaftlichen Aufschwung für M-V nutzen

Weitere Themen: 6 – 9

Erste Lesung

Haushaltsplan 2008/2009

Gemeindehaushaltsrecht

Kommunalabgabengesetz

Jugendstrafvollzugsgesetz

G 10-Kommission

Börsengang der DB AG

Radwegesicherheit

Aufgabenerweiterung

der Enquetekommission

Auszüge aus der Debatte: 10 – 15

Antrag der NPD: Abschaffung

des § 130 StGB (Volksverhetzung)

Zusammenarbeit 16

16. Ostseeparlamentarier-

konferenz

Panorama 17 – 18

Treffen der Bürgerbeauftragten

Datenschutz

Umweltpreis des Landtages

Ausstellung 19

„Labyrinth X – Ausstellung zu

Rassismus und Ausgrenzung“

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 2151,

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth

Klöressgang 5, 19053 Schwerin

Fon: 03 85 / 48 56 3-0, Fax: 48 56 3-24

Titelbild: Muschelbrunnenhof im Burggarten des Schweriner Schlosses

Bildnachweis:

Balewski (3/1-3, 4/1-3, 5/1-6, 18/1, 20/4-6)

Büttner (7/1, 8/1-2)

Kordes (20/3)

Kettler (9/1-2, 10/1, 11/1, 13/1, 15/1, 20/1)

Kummer (Titelfoto)

Landtagsverwaltung/Gutzeit (16/1)

Landtagsverwaltung/Richter (2/1, 3/4, 17/2, 19/1-2, 20/2)

Schloh (17/1)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Von Stettin nach Schwerin: Erfahrungen eines Praktikums

Als die Idee geboren wurde, ich solle über mein Praktikum in der Landtagsverwaltung eine Kolumne für die LandtagsNachrichten schreiben, da war mir nicht klar, worüber eigentlich. Glücklicherweise war das zu einem Zeitpunkt, als ich bereits erste Eindrücke über die Arbeit des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie im Protokollreferat der Landtagsverwaltung gesammelt hatte. Somit war der Blick geschärft!

Der Leser wird sich die Frage stellen, was einen polnischen Studenten dazu bewogen haben könnte, ein Praktikum in der Verwaltung eines deutschen Landesparlamentes zu absolvieren. Zunächst hängt das mit meiner Studienrichtung zusammen: Ich studiere an der Universität Stettin im siebten Semester „Internationale Beziehungen“ mit Schwerpunkt Deutschland. Natürlich ist deshalb die Beherrschung der deutschen Sprache eine der Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Studienabschluss und die spätere Berufstätigkeit. Ähnlich verhält es sich mit den Strukturen der öffentlichen Verwaltung. Nur wenn ich weiß, wie Entscheidungsprozesse ablaufen, kann ich Deutschland und seine Bürger verstehen.

Ein weiterer Punkt war, ich wollte mir selbst ein Bild unseres Nachbarlandes machen, um in meinem Heimatland bestehende Vorurteile abzubauen zu helfen. Dabei kam Erstaunliches zutage. Entgegen der Meinung vieler Polen ist die Verwaltung in Deutschland – zumindest die des Landtages Mecklenburg-Vorpommern – gar nicht so starr und unbeweglich, wie vielfach angenommen. Die Mitarbeiter sind offen und nutzen die Entscheidungsspielräume, die ihnen die geltenden Vorschriften bieten. Meiner Ansicht nach ist die Landtagsverwaltung effizient organisiert. Bemerkenswert ist, wie unaufgeregt und selbstverständlich unvorhergesehene zusätzliche Aufgaben engagiert erledigt werden.

Den größten Teil meines sechswöchigen Aufenthaltes habe ich im Sekretariat des Agrarausschusses verbracht, der auch für die Bereiche Umwelt und Verbraucherschutz verantwortlich ist. Hier hieß es, lesen, lesen und nochmals lesen. Für mich als Ausländer war es besonders schwierig, bislang wenig bekannte Sachverhalte sowie die dazu gehörigen Fachbegriffe zu erschließen. So hatte ich Gelegenheit, an Ausschussberatungen zur Thematik „Grüne Gentechnik“ teilzunehmen. Dieses Thema hat in meinem Heimatland bislang keine große Rolle gespielt.

Ein Praktikum ist immer eine zweiseitige Sache. Während sich mein Betreuer bemüht hat, meine Fragen zu beantworten und das Praktikum so zu organisieren, dass ich viele Erfahrungen mit nach



Pawel Behrendt

Pawel Behrendt (22) studiert an der Universität Stettin in der Fachrichtung Internationale Beziehungen und absolvierte vom 6. August bis 14. September ein Praktikum im Landtag.

Hause nehmen kann, habe ich beim Übersetzen polnischer Korrespondenz sowie bei der Ausschreibung des Umweltpreises des Landtages Unterstützung geleistet. Eine ganz besondere Erfahrung war es für mich, an der Sondersitzung des Landtages am 24. August 2007 teilzunehmen, in der die Fortsetzung der Funktional- und Kreisstrukturreform auf der Tagesordnung stand.

Aber auch die Landeskunde Mecklenburgs und Vorpommerns kam nicht zu kurz. Das versteht sich von selbst, wenn das Parlament seinen Sitz in einem Schloss hat, von dem man sagt, es sei der schönste Landtagssitz Deutschlands. Das Schweriner Schloss mit seinen unterschiedlichen Nutzungen ist für mich ein gutes Beispiel, wie abwechslungsreich Geschichte sein kann: slawische Fürstentum, dann Grafen-, Herzogs- und Großherzogssitz, Schule für Kindergärtnerinnen und Tagungsort eines Bezirkstages sowie letztlich Sitz des Landtages. Mir kam das sehr entgegen, weil Geschichte eines meiner Hobbys ist. Das Schloss zeigt, dass deutsche Geschichte mehr ist, als die des Dritten Reiches, mit der Deutschland bei mir zuhause oft in Verbindung gebracht wird. Da mein Betreuer ebenfalls sehr geschichtsinteressiert war, konnten wir gute Gespräche führen. Neu war für mich, dass die mecklenburgischen Herzöge ihre Herkunft auf den Slawenfürst Niklot zurückführen. Vielleicht ist darin einer der Gründe zu sehen, warum sich der Landtag so stark um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen bemüht. So findet eine Geschichte ihre Fortsetzung, die im frühen Mittelalter begann. Zusammenfassend kann ich sagen, der Aufenthalt in Schwerin war sehr wertvoll und erfolgreich für mich. Ich habe viele neue Erfahrungen gewonnen und interessante Menschen kennen gelernt. Über den Tellerrand in die Welt schauen, bildet und erweitert den Horizont. Es hilft, unsere Welt besser zu verstehen. Er führt zu nichts, wenn man sich hinter eigenen Vorurteilen einschließt und Angst vor den Herausforderungen der Zukunft hat.

Pawel Behrendt

Bürgerfest zum Tag der deutschen Einheit

Landtag präsentierte Schweriner Schloss und Parlament

„Ich habe Angela Merkel und Horst Köhler die Hand geschüttelt“, erzählt eine 50-jährige Stralsunderin begeistert, als sie bei ihrer Stippvisite im Schweriner Schloss den Plenarsaal besichtigte. Ein Blick in den Parlamentssaal gehörte zu den Angeboten des Landtages, der sich mit einem eigenen Kultur- und Informationsangebot in das Schweriner Festprogramm zum Tag der deutschen Einheit eingereiht hatte.

Zentrum des Landtagprogramms war der Schloss-Innenhof. Auf der Bühne wechselten Musik, Kabarett und Gesprächsrunden in lockerer Folge ab. NDR-Moderator Marko Vogt plauderte zum Beispiel mit dem ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl über die Freuden und „Leiden“ beim Einzug des Parlaments ins Schweriner Schloss 1990. Zweiter Gast auf der Bühne war Guillaume Colombo, der eigens aus dem französischen Chambord ange-

reist war und von den architektonischen Gemeinsamkeiten des Schweriner Schlosses mit dem Jagdschloss an der Loire erzählte, das sich Schlossbaumeister Demmler Mitte des 19. Jahrhunderts beim Bau der Schweriner Residenz zum Vorbild genommen hatte. Die jetzige Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider informierte über den Baufortschritt bei der Sanierung des Schlosses. Erstmals nannte sie ein konkretes Bauziel: Bis 2014 soll die Grundsaniierung des Schlosses geschafft sein, zur Bundesgartenschau 2009 bereits sollen die Außenfassaden in neuem Glanz erstrahlen.

Als musikalischen Hauptakteur hatte der Landtag die Schweriner Band „60:40“ engagiert – die wohl erste Band, so die Eigenwerbung, „die sich freiwillig dem DDR-Ministerratsbeschluss von 1964 fügt: 60 Ost – 40 West!“ Die Titelauswahl reichte denn auch vom DDR-Klassiker „Am Fenster“ über den Neue-Deutsche-Welle-Hit „Goldener Reiter“ bis zu Ute Freudenberg’s „Jugendliebe“ und traf damit den Nerv von Alt und Jung aus Ost und West. Musik im Stil der 20er bis 60er Jahre präsentierte das musikalische Quintett „Kneipenalarm“ aus Plau am See. Einen Angriff auf Hirn und Zwerchfell startete das Neubrandenburger Jugendkabarett „Tollense-Stichlinge“, das Ausschnitte aus seinem aktuellen Programm „Aufwärts in der Ebene“ zeigte und dabei Themen wie Gewalt an den Schulen und Rechtsextremismus nicht ausließ. Die vier Akteure Herr Tom, Frau Jules, Frau Nadine und Herr Ivalo von der Schweriner Lesebühne „Schmalz und Marmelade“ hatten für ihren Auf-



Sylvia Bretschneider und Marko Vogt



Warten auf den Aufstieg zur Kuppel

tritt ein „Best-of-Programm“ zusammengestellt, dass auf ebenso witzige wie geistreiche Weise Ost-West-Befindlichkeiten thematisierte. Mit einer turbulenten Show schließlich, „die mit einem stilvollen Gentleman anfang und mit nicht ganz der feinen englischen Art aufhörte“, begeisterte



Arthur Earthfarben vom Dramaules-Theater Rostock große und kleine Schlossbesucher.

Komplettiert wurde das Landtags-Programm durch drei Ausstellungen: „Labyrinth X – eine Ausstellung zu Rassismus und Ausgrenzung“, „Gute Politik – Christoph Dahlmann“ und „Der Umbau des Schlosses im 19. Jahrhundert und Baumaßnahmen am Schloss bis heute“. Zudem luden zweimal stündlich Führungen zur Aufstieg in die Prunkkuppel ein, und im Plenarsaal gaben Mitarbeiterinnen des Landtages Informationen zur Zusammensetzung und Arbeit des Parlaments. Dicht umlagert war auch der Info-Stand des Landtages, wo Hunderte von Besuchern bei einem Quiz ihr Wissen über Mecklenburg-Vorpommern, den Landtag und das Schloss unter Beweis stellten.



Tollense-Stichlinge

Als am späten Abend die zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2007 mit einer Musik-, Licht-, Laser- und Feuerwerksinszenierung ausklangen, stand das Schweriner Schloss – zu Recht als der „schönste Landtags-sitz Deutschlands“ bezeichnet – noch einmal im Mittelpunkt des Interesses Tausender und machte als Traumkulisse seinem Ruf als Märchenschloss erneut alle Ehre.

Arthur Earthfarben vom Dramaules-Theater Rostock.

Kontroverse Debatte um Wirtschaftsentwicklung

Koalition optimistisch / Opposition kritisiert

Zu den Auswirkungen der gegenwärtigen Konjunkturentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern haben sich Regierung und Opposition am 19. September im Landtag einen verbalen Schlagabtausch geliefert. Während Redner der Koalition in der Aktuellen Stunde auf die hohen Wachstumsraten verwiesen, die Basis für die Schaffung neuer Arbeitsplätze seien, stellten Abgeordnete der LINKEN und der FDP in Frage, dass der Aufschwung bei den Bürgern tatsächlich ankommt.

Für **Wolfgang Waldmüller** (CDU) ist die aktuelle Entwicklung „Anlass zur Freude und für Optimismus“. Der in der Koalitionsvereinbarung festgelegte und eingeschlagene wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Kurs zahle sich aus. „Die Konzentration hin zum ersten Arbeitsmarkt und die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis zeigen erste Erfolge: 10.000 Arbeitsplätze mehr in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zum Vorjahr und die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1996“, begründete er. Noch würden nicht alle Menschen am Aufschwung teilhaben, sagte er mit Blick auf die 139.000 Arbeitslosen. Aber er sei überzeugt, dass der eingeschlagene Kurs beibehalten werden und nicht durch Diskussionen über Mindestlohn und Projekte für den zweiten Arbeitsmarkt in Frage gestellt werden dürfe.

Zweistellige Zuwachsraten im verarbeitenden Gewerbe, im Export und im Tourismus sind nach Überzeugung von Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** Ausdruck eines stabilen Wirtschaftswachstums im Nordosten. „Mecklenburg-Vorpommern befindet sich im Aufschwung. Unsere Wirtschaft kommt gut voran“, betonte der Regierungschef. Die gute Auftragslage auf den Werften etwa, in der Windkraftbranche oder in der Ernährungsgüterwirtschaft schlage sich in neuen Arbeitsplätzen nieder. Doch, so räumte auch Ringstorff ein, seien noch immer 139.000 Menschen im Land auf Jobsuche. Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt bleibe deshalb wichtigste Aufgabe der Landesregierung. Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** listete in einem Zehn-Punkte-Programm die Schwerpunkte seiner Arbeit auf. So gehe es darum, durch gezielte Förderung neue Unternehmen im Land anzusiedeln und damit die wirtschaftliche Basis zu verbreitern. „Mit dem Tourismus allein bekommen wir nicht die Arbeitsergebnisse, die wir brauchen“, sagte der Minister. Die Standortoffensive des Landes werde verstärkt die Hafenregionen einbeziehen, die Förderung noch mehr an der Nahtstelle von Wissenschaft und Wirtschaft ansetzen, die Existenzgründerförderung neu ausgerichtet. Seidel bekannte sich dazu, dass im Rahmen der Initiative Energieland 2020 der Klimaschutz eine wichtige Rolle spiele, betonte aber auch, dass die Lan-

desregierung am Ausbau des Energiestandortes Lubmin festhalte. Dort soll auch ein Steinkohlekraftwerk errichtet werden.

Der Agrarsektor und die Entwicklung im ländlichen Raum sind nach Ansicht von Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** Teil des wirtschaftlichen Aufschwungs in Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Arbeitsproduktivität liege die Branche mit an der Spitze, sagte der Minister. Landwirtschaft und Ernährungsbranche seien mit rund fünf Milliarden Euro Umsatz im Jahr der führende Wirtschaftsbereich im Land. Er verwies auf Punkte aus seinem Strategiepapier, die es umzusetzen gelte. So müsse die Land- und Ernährungswirtschaft im Kontext mit der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns als „Gesundheitsland Nr. 1“ vorangebracht werden. Dem Natur- und Umweltschutz komme eine zentrale Bedeutung zu. Ziel sei es unter anderem, 25 Prozent des Primärenergiebedarfs aus Bioenergie zu erzeugen.

„Soziale Marktwirtschaft wird längst nicht mehr als sozial empfunden“, sagte Ex-Arbeitsminister **Helmut Holter** (DIE LINKE). Er bezeichnete die positive Einschätzung der Wirtschaftslage im Land als „Selbstbefriedigung der Koalition“. SPD und CDU würden dabei ausblenden, dass die sozialen Sicherungssysteme zu Lasten der Arbeitnehmer verändert worden seien und die Kinderarmut rapide zunehme. Die Landesregierung trage mit dem Abbau beschäftigungspolitischer Maßnahmen noch zur Verschärfung der Si-



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel

tuation bei. „Das Prekariat wächst“, sagte Holter. Das könne man nicht hinnehmen. Seiner Überzeugung nach müssen ökonomischer Wettbewerb, Marktwirtschaft und freiheitlich demokratische Grundordnung eine Einheit bilden. Die Politik trage die Verantwortung dafür, dass die Marktwirtschaft sozial ist.

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** verwies darauf, dass gut die Hälfte der neuen Arbeitsplätze in Zeitarbeitsfirmen entstand. Es sei die Frage, ob das tatsächlich so gewollt war. „Wir sollten uns von dem kleinen Aufschwung nun nicht gemeinsam besoffen reden“, mahnte Roolf. Auch die Ansiedlung von und das Lohnniveau in Callcentern ist seiner Ansicht nach keine Erfolgsstory. Es sei wichtig, dass der Aufschwung bei den Leuten im Land ankommt. „Und wenn ich, wie heute morgen in der Schuldnerberatungsstelle hier in Schwerin, höre, dass 20 Prozent der Familien in dieser Stadt überschuldet sind, dass die Leute auf einen Beratungstermin ein halbes Jahr warten müssen, dann sage ich Ihnen: Der Aufschwung ist hier nicht angekommen. Wir haben verdammt viel Arbeit vor uns.“

Mathias Löttge (CDU) wies auf die Steigerungsraten im Tourismus hin. Er machte der Opposition den Vorwurf, das Land schlechtzureden. „Es bleibt dabei: Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es auch den Menschen gut“, verteidigte er den wirtschaftspolitischen Weg der Koalition. Die Linke habe in ihrer Regierungszeit keine Antworten auf die wirtschaftlichen Fragen der Zeit gegeben. Die FDP kritisierte er, weil seiner Ansicht nach nicht deutlich wird, wie die Liberalen sich den Aufschwung vorstellen.

Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern profitieren nach Ansicht von **Udo Pastörs** (NPD) von einer weltweiten Konjunkturbelebung. Der „Aufschwung“ sei nichts als ein „Propagandainstrument dieses Systems“. Dass Menschen, die arbeiten gehen, von dem, was sie verdienen, nicht leben können, sei ein „Skandal“. Er forderte eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik hin zu einer „raumorientierten Volkswirtschaft“.

„Es gibt den wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Land und der wirtschaftliche Aufschwung in diesem Land ist in erster Linie das Ergebnis der Schaffenskraft der Menschen und der Unternehmen und Unternehmer“, konterte der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte**. Die Investitions- und Ansiedlungspolitik sei erfolgreich, zudem sei der Haushalt konsolidiert. Der Staat müsse sich so weit wie möglich aus der Wirtschaft zurückziehen, aber dennoch soziale Verantwortung zeigen und, wo es nötig ist, entsprechende Maß-

nahmen einleiten. Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt dürften in keinem Fall Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt gefährden.



Mathias Löttge (CDU)



Helmut Holter (DIE LINKE)



Udo Pastörs (NPD)



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus



Michael Roolf (FDP)



Jochen Schulte (SPD)

Kommunalabgaben

Altanschießer werden weiter an Kosten beteiligt

Auch in den beiden Sitzungen am 19. und 20. September hat der Landtag sich wieder mit dem kommunalen Beitragsrecht beschäftigt. Schon seit geraumer Zeit wird öffentlich darüber diskutiert, ob die vielerorts umstrittenen Beitragsbescheide insbesondere für den Anschluss an die Abwasserentsorgung gerechtfertigt sind.

Dabei geht es im Wesentlichen um die Gruppe der sogenannten „Altanschießer“, die bereits vor 1990 über einen funktionsfähigen Anschluss an eine Abwasserentsorgung verfügten, und um besondere soziale Härtefälle, die etwa wegen niedriger Renten oder Sozialbezüge die Anschlussbeiträge nicht aufbringen können. Während ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zumindest für die Trinkwasserversorgung einen vollständigen Verzicht auf Anschlussbeiträge ermöglichen sollte, forderte ein Antrag der FDP-Fraktion die Landesregierung auf, Möglichkeiten zum Erlass und zur Stundung von Beiträgen zu verbessern und öffentlich darzustellen. Beide Vorlagen fanden bei der Mehrheit der Abgeordneten keine Zustimmung. Damit bleibt es bei der bisherigen Rechtslage. Weiterhin werden also die sogenannten „Altanschießer“ an den Kosten beteiligt, die seit 1990 für Investitionen in die Abwasserentsorgungsanlagen und auch Trinkwasserversorgungsanlagen entstanden sind. Die bereits in dem geltenden Kommunalabgabengesetz vorgesehenen Gestaltungsmöglichkeiten und insbesondere die Regeln für die Stundung von Beiträgen will das Innenministerium ohnehin in einem Erlass für die Kommunen näher erläutern.

Doppik statt Kameralistik

Landtag berät über neues kommunales Haushaltsrecht

In erster Lesung hat das Plenum den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein neues Gemeindehaushaltsrecht in den Innen- und den Finanzausschuss überwiesen. Das neue Haushaltsrecht ersetzt die bisher angewandte Kameralistik durch die Doppik und führt die Kosten-Leistungs-Rechnung ein.

Dadurch wird die Rechnungslegung der betriebswirtschaftlichen Praxis angepasst. Erstmals werden in den kommunalen Haushalten auch der Ressourcenverbrauch und der Aufwand für bestimmte Produkte erkennbar. Das soll eine präzisere Steuerung erlauben. Die kommunalen Gremien sollen die finanziellen Folgen ihrer Entscheidungen besser absehen können und damit zu einem wirtschaftlicheren Handeln befähigt werden. Die Einführung eines neuen Gemeindehaushaltsrechts ist bereits am 21. November 2003 durch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren beschlossen worden. Auf dieser Grundlage wurden die Struktur des neuen Rechts und die einzelnen Regelungen in einem Gemeinschaftsprojekt der Landesregierung mit kommunalen Praktikern und den kommunalen Landesverbänden entwickelt. Dabei konnte allerdings zum Beispiel kein Konsens darüber hergestellt werden, wer die Kosten der Rechnungsumstellung trägt – Land oder Kommunen.

Der Innenausschuss des Landtages wird in seinen Beratungen auch dieses Thema unter anderem mit den kommunalen Landesverbänden erörtern. Der Landtag soll aber noch vor Jahresende in zweiter Lesung abschließend über den Gesetzentwurf beraten, um Frühstartern die Anwendung des neuen Gemeindehaushaltsrechts schon ab 1. Januar 2008 zu ermöglichen. Spätestens zum 31. Dezember 2011 muss die Umstellung nach dem Gesetzentwurf abgeschlossen sein.

M-V will Schulden abbauen

Landtag debattierte Haushaltsentwurf

Mecklenburg-Vorpommern will keine neuen Kredite mehr aufnehmen und für 2008 erstmals den Schuldenabbau im Landesetat festschreiben. In dem am 19. September von Finanzministerin Sigrid Keler in den Landtag eingebrachten Haushaltsentwurf sind für 2008 zunächst 100 Millionen Euro und für 2009 weitere 150 Millionen Euro Schuldentilgung eingeplant.

Die Fortsetzung des Konsolidierungskurses begründete Finanzministerin **Sigrid Keler** vor allem mit dem Erhalt der Zukunftsfähigkeit des Landes. „Denn Zukunftsfähigkeit ist in hohem Maße von den Investitionsmöglichkeiten eines Landes bestimmt“, sagte sie.

Mit dem deutlichen Rückgang der Solidarpaktmittel ab 2009 und mit dem Auslaufen der EU-Strukturfonds ab 2014 müsse das Land ab 2020 auch ohne besondere Hilfe und ohne neue Kredite bestehen können.

Sprecher der Regierungsparteien SPD und CDU hoben hervor, dass zur Senkung der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten sowie für die Sicherung des Unterrichts an allgemeinbildenden und Berufsschulen rund 26 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt würden. Auch die Kommunen könnten mit deutlich mehr Geld rechnen. Die oppositionelle Linksfraktion beklagte mangelnden Willen der großen Koalition, die gute Finanzlage zu politischer Gestaltung zu nutzen. Die FDP führte die gute Haushaltslage eher auf höhere Steuereinnahmen als auf gute Finanzpolitik zurück. Der Etatentwurf wurde zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Der Weg zum Haushaltsplan 2008/2009

5.12.2006

Eckdaten der Landesregierung zur Vorbereitung der Haushaltsplan-Aufstellung 2008/2009

ab 12.3.2007

Haushaltsverhandlungen innerhalb der Landesverwaltung

10.7.2007

Beschluss der Landesregierung zu den Entwürfen des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans 2008/2009

19.9.2007

Erste Lesung im Landtag zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes einschließlich Entwurf des Haushaltsplanes 2008/2009

ab 20.9.2007

Beratungen der Fachausschüsse des Landtages

12.12.2007

Zweite Lesung im Landtag und Schlussabstimmung zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2008/2009 (geplant)

Gesetz für Jugendstrafrecht beschlossen

Wiedereingliederung soll breiteren Raum einnehmen

Im Jugendstrafvollzug soll die Hilfe zur Wiedereingliederung künftig breiteren Raum einnehmen. Ein am 19. September von Justizministerin Uta-Maria Kuder dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern vorgelegter Gesetzentwurf sieht je zwei zusätzliche Stellen für Psychologen und Sozialpädagogen in der Jugendanstalt Neustrelitz vor. Jugendlichen Straftätern solle der Weg zurück in die Gesellschaft erleichtert werden.

„Im Mittelpunkt des gesamten Entwurfs steht das Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig keine Straftaten mehr zu begehen. Dieses Vollzugsziel der sozialen Integration hat Verfassungsrang“, erläuterte die Ministerin. **Uta-Maria Kuder** verteidigte auch die Verankerung der Vollzugsaufgabe im Gesetz, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. „Wir tun dies und wir stehen dazu.“ Auch das Bundesverfassungsgericht habe betont, dass zwischen beiden Vollzugszielen kein Gegensatz besteht. Erzieherische Ausgestaltung des Vollzugs bedeute, die Gefangenen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Lebensführung – unter Achtung der Rechte anderer – zu befähigen. Das Gesetz vereint laut Justizministerin Regelungen aus mehreren Gesetzen und ist mit acht anderen Bundesländern abgestimmt worden.

Der Entwurf wurde ebenso wie ein alternativer Vorschlag der Oppositionsfraktion DIE LINKE zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Der Gesetzentwurf ihrer Fraktion lege besonderes Gewicht auf Resozialisierung und Eingliederung, sagte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE). Es gelte der Grundsatz Prävention vor Repression. Resozialisierung und Schutz der Allgemeinheit seien keine Gegensätze. Jugendstrafgefangene könnten nur freiwillig an der Verwirklichung des Vollzugszieles mitarbeiten. Von einer „Verpflichtung“ dazu halte ihre Fraktion nichts. Sie forderte ein klares Bekenntnis zum offenen Vollzug als Regelfall. „Je geschlossener die Einrichtung, desto höher die Gewalt“, sagte sie.

Während der Haftzeit spielt nach Überzeugung des SPD-Abgeordneten **Dr. Norbert Nieszery** auch die schulische und berufliche Bildung ei-

ne wichtige Rolle. Auch Projekte zur Pflege von Tieren hinter Gittern hätten Erfolge für die Resozialisierung junger Straftäter gezeigt. Seiner Meinung nach ist der geschlossene Vollzug genauso wichtig wie der offene. Alles in allem hält er den Entwurf der Landesregierung für „klarer und eindeutiger“.

Thoralf Schnur (FDP) erinnerte an das Ziel des Jugendstrafvollzuges: die Gemeinschaft noch besser als bisher vor Straftätern zu schützen und die jungen Gefangenen auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten. Nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ sollen Werte wie Mitmenschlichkeit, Rücksicht, Disziplin und Ordnung vermittelt werden. Ansätze dafür finde seine Fraktion in beiden Gesetzentwürfen. Über Details müsse nun im Rechtsausschuss diskutiert werden.



Auch die Pflege von Tieren hinter Gittern soll zur Resozialisierung junger Straftäter beitragen.

Auch für **Dr. Henning von Storch** (CDU) ist Resozialisierung das wichtigste Vollzugsziel, gefolgt von der Generalprävention – dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Aber, so betonte er, es dürfe dabei auch im Jugendstrafvollzug das Sühneziel nicht außer Acht gelassen werden. Es müsse immer wieder überprüft werden, ob die Ziele des Strafvollzuges auch erreicht werden. Er hält eine verstärkte kriminologische Forschung für wichtig – was der Entwurf der Regierung vorsieht. Er empfahl, beide Entwürfe zur Beratung in die Ausschüsse zu überweisen.

Michael Andrejewski (NPD) bezeichnete beide Entwürfe als Irrwege. Er hält die Wirkung der Psychologie bzw. von Psychologen auf die Straftäter für „maßlos überschätzt“.

Bislang müssten nur „rechte Täter mit der ganzen Härte des Gesetzes“ rechnen. „Aber die Opfer ausländischer Täter müssen selbst sehen, wie sie zurecht kommen“, sagte er. In der Türkei oder Russland lache man sich über die hiesige Strafjustiz „kaputt“. Die NPD stimmte als einzige Fraktion gegen die Überweisung beider Entwürfe.

In Neustrelitz sitzen rund 300 junge Straftäter ihre Strafen ab. Die monatlichen Besuchszeiten sollen von derzeit zwei auf vier Stunden verdoppelt werden. Zudem sind mindestens zwei Stunden Sport für jeden Häftling pro Woche vorgesehen. Ein Gesetz zum Jugendstrafvollzug war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht ein solches im Mai vorigen Jahres gefordert hatte und die Zuständigkeit mit der Föderalismusreform im Herbst auf die Bundesländer übergegangen war.

G10-Kommission

In seiner Sitzung am 20. September wählte der Landtag Gino Leonhard (FDP) zum Mitglied der G10-Kommission des Landtages. Zum stellvertretenden Mitglied wurde Michael Roof (FDP) gewählt.

Der G10-Kommission gehören somit als ordentliche Mitglieder an:

Jochen Schulte	(SPD)
Dr. Henning von Storch	(CDU)
Peter Ritter	(DIE LINKE)
Gino Leonhard	(FDP)

Stellv. Mitglieder sind:

Dr. Norbert Nieszery	(SPD)
Wolf-Dieter Ringguth	(CDU)
Barbara Borchardt	(DIE LINKE)
Michael Roof	(FDP)

Die Arbeit dieser Kommission bezieht sich auf den Artikel 10 des Grundgesetzes, in dem das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis festgeschrieben ist. Beschränkungen dieses Grundrechts in Mecklenburg-Vorpommern kann nur der Innenminister anordnen. Hält er eine solche Anordnung für erforderlich, muss er die G10-Kommission des Landtages im Voraus darüber informieren. Nur bei Gefahr im Verzug darf er den Vollzug bereits vor der Unterzeichnung des Parlamentes anordnen. Bei Beschwerden gegen solche Anordnungen entscheidet die G10-Kommission über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen.

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Regierung soll bis Jahresende Bericht vorlegen

Der Landtag hat sich am 20. September mehrheitlich für ein besseres Radwegenetz in Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen. Die Landesregierung wurde aufgefordert, bis Ende des Jahres einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen.



Ziel sei es, Lücken im Netz zu erkennen und zu schließen, sagte der CDU-Abgeordnete **Peter Stein** zur Begründung des Koalitionsantrages.

Nach Angaben von Verkehrsminister **Otto Ebnet** werden im Land in diesem Jahr 100 Kilometer Radwege an Bundes- und Landesstraßen für zehn Millionen Euro gebaut. Laut einer Umfrage von 2002 benutzten 14 Prozent der Menschen im Nordosten das Rad als erstes Verkehrsmittel, bundesweit waren es nur 9 Prozent. Es gehe darum, den Tourismus zu fördern, das Sport- und Freizeitangebot der Einwohner zu verbessern und vor allem, Sicherheit im Alltagsverkehr und für Schulkinder zu schaffen, benannte der Minister die Ziele.

Helmut Holter (DIE LINKE) wies auf die derzeit sieben Radfernwege mit etwa 2.300 Kilometern Länge und 21 Rundrouten zwischen 100 und 400 Kilometer Länge hin. Das Marketing und die Zusammenarbeit von Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften müsse verbessert werden. Abseits der touristischen Schwerpunkte und vor allem entlang der Bundes- und Landesstraßen müsse noch etliches getan werden.

Hans Kreher (FDP) fürchtet bloßes „Gerede im Ausschuss“ und empfahl, dem Antrag nicht zuzustimmen. Er hält den Antrag für zu unkonkret, zumal „der Minister wohl um Fristverlängerung wird bitten müssen“, weil

ihm die Zeit zu knapp bemessen sei. „Solche Anträge bringen uns nicht weiter“, sagte Kreher.

„Ross und Reiter fehlen im Antrag“, bemängelte **Birger Lüssow** (NPD). Die Kommunen werden sich seiner Auffassung nach weitere Investitionen nicht leisten können.

Ein Änderungsantrag der NPD fand keine Zustimmung bei den anderen Fraktionen. Der Koalitionsantrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und LINKE angenommen.

Landtag berät über Bahnprivatisierung

Antrag der LINKEN an Verkehrsausschuss überwiesen

Die Privatisierung der Bahn bleibt auch im Landtag weiter umstritten. Ein Antrag der Linksfraktion, demzufolge sich die Landesregierung im Bundesrat gegen den Börsengang aussprechen soll, stieß am 20. September bei CDU, SPD und FDP auf Widerspruch, obwohl auch in diesen Parteien die Privatisierungspläne des Bundes in der Kritik stehen.

„Seit der Bahnreform 1994 ist das letzte große Staatsunternehmen zwar schon in eine Aktiengesellschaft überführt, doch ihre Anteile gehören bis heute allein dem Bund“, schilderte **Birgit Schwesb**, die den Antrag für die Linksfraktion einbrachte, den bisherigen Werdegang. Nun wolle der Bund 49 Prozent der Anteile verkaufen. Über das Schienennetz solle der Konzern faktisch weiter verfügen, obwohl juristischer Eigentümer der Bund bleibe. Nach Ansicht ihrer Fraktion wird durch die Teilprivatisierung nicht nur das Angebot für die Fahrgäste schlechter, sondern auch dem Grundgesetz widersprochen. Die Rednerin verwies unter anderem auf Artikel 15 „Eigentum verpflichtet“. Zudem sei die Bahn das „umweltfreundlichste motorisierte Verkehrsmittel“. Das ihr „innewohnende ökologische Potenzial“ werde sich nur erschließen lassen, wenn sie nicht „kapitalorientiert bewirtschaftet“ wird. Sie forderte die Landesregierung auf, im Bundesrat die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu verweigern. „Jede Diskussion über die Ausgestaltung der Privatisierung ist überflüssig“, betonte die Abgeordnete.

Verkehrsminister **Otto Ebnet** warnte ebenfalls vor nachteiligen Folgen: „Die Länder

werden kaum in die Pläne der Bahn AG einbezogen. Steigende Gebühren für Trassen und Bahnhöfe könnten zu einer Ausdünnung des Angebotes in der Fläche führen“, sagte er und betonte, es könne nicht alles beim Alten bleiben, aber der jetzige Zustand sei unbefriedigend. „Die Leute wollen, dass die Züge fahren, in welcher Farbe ist ihnen egal.“ Ob es sich um eine Staatsbahn oder um eine Privatbahn handele, mache keinen großen Unterschied. Nach der Grundgesetzänderung von 1993 aber seien die Weichen für eine Bahnprivatisierung gestellt. „Dieser Zug ist seit 14 Jahren unterwegs. In das weitere Gesetzgebungsverfahren müssen die Länder einbezogen werden. Und nicht erst dann, wie in der Vergangenheit, wenn der nächste Entwurf des Bundes auf dem Tisch liegt“, machte der Minister deutlich.

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** forderte mehr Wettbewerb auf der Schiene. „Die Züge müssen nicht nur fahren, sie müssen auch bezahlbar sein.“ Die Bahn dürfe nicht länger wie eine „Behörde“ agieren und sich dem Wettbewerb verweigern.



Der SPD-Verkehrsexperte **Jochen Schulte** konterte, die Bahn AG treffe ihre Entscheidungen schon heute nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dies müsse gerade im Regionalverkehr mit dem Verfassungsauftrag der Daseinsvorsorge für die Menschen vereinbart werden.

Schultes CDU-Kollege **Egbert Liskow** unterstrich, die Länderinteressen müssten bei der Teilprivatisierung berücksichtigt werden. Einen fairen Wettbewerb könne es nur bei strikter Trennung von Netz und Betrieb geben.

Birger Lüssow (NPD) verwies auf einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion, mit dem ebenfalls eine Bahnprivatisierung kategorisch abgelehnt wird. Seine Fraktion werde dem Antrag der LINKEN zustimmen.

Der Antrag soll nun im Verkehrsausschuss weiter beraten werden. Die FDP stimmte als einzige Fraktion gegen die Überweisung.

Auftrag der Enquetekommission erweitert

Kreisstruktur sollen mit beraten werden

Der Landtag hat am 20. September den Arbeitsauftrag für die Enquetekommission zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erweitert. Nach dem Scheitern der 2006 beschlossenen Verwaltungsreform vor dem Landesverfassungsgericht soll die Kommission an der Erarbeitung einer neuen Reform beteiligt werden. Das 21-köpfige Gremium soll nun auch die Leitlinien des neuen Projekts beraten und die verschiedenen Modelle einer Kreisstruktur erörtern. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen dem Landtag bis zur Sommerpause 2009 vorgelegt werden. Bislang hatte sich die Kommission vor allem mit den Stadt-Umland-Beziehungen befasst.

Die Notwendigkeit der Verwaltungsmodernisierung sei unbestritten, sagte **Martina Tegtmeyer** (SPD), die den Antrag der Koalition in den Landtag einbrachte. Der Prozess solle bis 2010 abgeschlossen sein.

Die Linksabgeordnete **Gabriele Mestan** wies darauf hin, dass bereits sechs Mitglieder der Enquetekommission auch in den Vorständen der Kommunalverbände tätig sind. Ihre Fraktion hatte einen Änderungsantrag durchgesetzt, mit dem der Landtag unter anderem bestätigte, dass Vertreter der kommunalen Spitzenverbände stimmberechtigt an den Beratungen mitwirken. Die FDP hatte vor der Abstimmung eine weitere Forde-

rung erhoben: Die Vertreter der Kommunalverbände sollten nicht nur als von den Fraktionen bestimmte Mitglieder, sondern als Amtsträger in dem Gremium sitzen. „Die zufällige Personalunion von Mandats- und Amtsträgern reicht nicht“, erklärte der FDP-Kommunalexperte **Gino Leonhard**. Die Mehrheit des Parlaments war im Anschluss an die Debatte dem Anliegen, den kommunalen Spitzenverbänden ein vollständiges Stimmrecht einzuräumen, nicht gefolgt. Jedoch, so Leonhard, seien im Koalitionsantrag bereits viele Forderungen der FDP enthalten.

Der CDU-Innenpolitiker **Wolf-Dieter Ringguth** räumte ein, die FDP-Forderung ließe sich mit einer Gesetzesänderung erfüllen. Aber bereits jetzt säße „gebalteter kommunaler Sachverstand“ in der Kommission. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, warnte Ringguth. Das Votum ist seiner Meinung nach ein „wichtiger Schritt zu einer verfassungskonformen Regelung für eine Verwaltungs- und Kreisgebietsreform“.

Der SPD-Kommunalexperte **Heinz Müller** wies den Vorschlag der FDP zurück, wonach die Kommission zunächst auch immer die Übertragung kommunaler Aufgaben auf Privatunternehmen prüfen solle. „Dass privat immer besser als öffentlich ist, diese Philosophie teilen wir nicht“, sagte Müller.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** machte den Vorschlag, die Kommission „sanft entschlafen“ zu lassen.

Nach geringfügigen Änderungen stimmten bis auf die NPD alle Fraktionen dem neuen Arbeitsauftrag für die Enquetekommission zu. Die Koalition will eine neue Reform noch vor der nächsten Landtagswahl 2011 auf den Weg bringen.

Bus-Haltepunkt für Schlossblick

Antrag der Schweriner Abgeordneten und Machtwort des Ministers

Verkehrs- und Bauminister Otto Ebnet hat mit einem Machtwort den Weg für die Einrichtung eines Bus-Haltepunktes „Schönster Blick zum Schweriner Schloss“ frei gemacht.



Damit Busreisende und auch PKW-Insassen diesen „schönsten Blick“ auf das Schweriner Schloss genießen können, soll in der Schweriner Stellingstraße ein Verkehrshaltepunkt eingerichtet werden.

Die Straße am südlichen Ende des Schlossparks sei breit genug, um dort Reisebussen einen Halt für Schnappschüsse zu ermöglichen, erklärte der Minister am 20. September im Landtag. Bedenken der ihm unterstehenden Bau- und Liegenschaftsgesellschaft, dass mit dem Bushalt die Sichtachse gestört werde, seien „nach einem Gespräch mit dem Minister“ ausgeräumt. Die Schweriner Landtagsabgeordneten von SPD, CDU und DIE LINKE zogen daraufhin ihren Gruppenantrag im Landtag zurück. Sie hatten nach dem Veto der Landesbehörde das Thema ins Parlament getragen. Der bislang „wilde“ Haltepunkt ist die einzige Stelle, von der aus man das 150 Jahre alte Wahrzeichen der Landeshauptstadt mit davor liegendem Schlossgarten und Kaskaden fotografieren kann.



Der Enquetekommission des Landtages gehören 21 Mitglieder an – zwölf Abgeordnete und neun von den Fraktionen benannte Praktiker der Kreis- und Kommunalebene. (Auf dem Foto sind auch der Innenminister und stellv. Mitglieder abgebildet).

Plädoyer für Demokratie und Rechtsstaat

NPD will Volksverhetzungs-Paragrafen streichen / Antrag abgelehnt

Ein Antrag der NPD zur Abschaffung des Paragraphen 130 im Strafgesetzbuch, der Volksverhetzung unter Strafe stellt, hatte am 20. September für erregte Szenen im Parlament gesorgt. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die dem Antrag im Namen der demokratischen Fraktionen widersprach, wurde von den NPD-Abgeordneten durch zahlreiche Zwischenrufe gestört. Der stellvertretende Landtagspräsident Hans Kreher erteilte dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs mehrere Ordnungsrufe. Die Landtagspräsidentin plädierte vehement für die Bestrafung von Volksverhetzung und Leugnen des Holocaust. LandtagsNachrichten veröffentlichten nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Udo Pastörs, NPD:

„Wir fordern die Abschaffung des § 130“

§ 130 Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Abs. 3), die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,

a) verbreitet,

b) öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,

c) einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht oder

d) herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Buchstaben a bis c zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder

2. eine Darbietung des in Nummer 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB)



„Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es nach dem Bundesminister Schäuble und seinem Vorgänger Schily ginge, wäre das BRD-System in kürzester Zeit ein orwellisches Panoptikum. Es wäre ein Polizeistaat, in dem jeder Bürger ausgespäht und beobachtet wird. [...] Es gibt im Strafgesetzbuch den Gummiparagrafen 130,

(Reinhard Dankert, SPD:

Da müssten Sie doch Freude dran haben.)

[...] Meine Damen und Herren, beim Schutz einer artikulierten Einstellung, also der Meinung, kommt es nicht darauf an, ob diese richtig oder falsch ist oder ob es sich um ein emotionales oder rational begründetes Werturteil handelt. Dies stellte das Bundesverfassungsgericht 1972 in einem Richtung weisenden Urteil fest, in der Entscheidung des Obersten Gerichtes heißt es nämlich dort: In einem pluralistisch strukturierten und auf der Konzeption einer freiheitlichen Demokratie beruhenden Staatsgefüge ist jede Meinung, auch gerade die, von

der etwa die Herrschenden nicht abgewichen wissen wollen, schutzwürdig. [...]

Ein weiteres Faktum ist der Umstand, dass die Ungleichbehandlung dadurch deutlich wird, dass der Paragraph 130 StGB nur gesetzlich justiert wurde, um Sonderrechte für Minderheiten durchzusetzen. Das deutsche Volk dagegen genießt in diesem Sinne des Paragraphen 130 keinen gesetzlichen Schutz, meine Damen und Herren. In dieser Republik ist Volksverhetzung gegen das eigene Volk nicht strafbar [...] Somit verstößt der Paragraph 130 auch gegen das im Grundgesetz unter Artikel 3 manifestierte Gleichheitsgebot. [...]

Anstatt den Meinungsbildungsprozess in Vielfalt zu schützen, reglementieren Sie diesen. [...]

Wo leben wir eigentlich,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Angelika Peters, SPD:

Das fragen wir uns auch. –

*Gabriele Mestán, DIE LINKE:
Die Frage müssen Sie sich stellen!*

wenn „Deutschland verrecke!“ oder „Bomber Harris do it again!“ erlaubt ist, wo also Türken ungestraft in die Welt setzen können: „Deutsche raus aus Deutschland!“, aber ein Deut-

scher ins Gefängnis kommt, wenn der „Deutschland den Deutschen“ fordert, meine Herrschaften?!

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Jetzt ist es aber genug hier! –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Ätzend, ätzend!)*

[...] Wir fordern die Abschaffung des Paragraphen 130 des StGB.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das könnte Ihnen so passen.)*

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Sylvia Bretschneider, SPD:

„Unmenschlichkeit hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun“



„Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit ich jetzt nichts vergesse: Wir – und ich spreche hier für die Mitglieder der demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses – lehnen den NPD-Antrag selbstverständlich und aus voller Überzeugung ab.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Stefan Köster, NPD: Was aber sehr überrascht. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)*

[...] Sie wollen also § 130 StGB streichen.
(Udo Pastörs, NPD: Komplet.)

Sie wollen also, meine sehr geehrten Herren von der NPD-Fraktion, dass straflos zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt
(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen Menschen aufgefordert werden darf!
*(Stefan Köster, NPD:
Sie haben ja eine Fantasie!)*

Sie wollen, dass straflos die Menschenwür-

de anderer dadurch angegriffen werden darf, dass Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht
(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

oder verleumdet werden können!
(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch schon strafbar im anderen Paragraphen.)

Denn das genau, meine Herren von der NPD, wird durch § 130 Absatz 1 StGB verboten.
*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Heike Polzin, SPD: Genau. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Meine Herren von der NPD, wollen Sie, dass – wo auch immer – ungestraft Aufkleber mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden“ angebracht werden können?
(Udo Pastörs, NPD: Aber auch „Kauft nicht bei den NPD-Leuten“ wollen wir nicht haben!)

Wollen Sie, dass es straflos bleibt, wenn in Bezug auf bei uns lebende Ausländer bedauert wird,
(Udo Pastörs, NPD: Ihre antinationale

*Politik ist eine Verfolgungspolitik. –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)*

dass es keine Vernichtungslager der nationalsozialistischen Diktatur mehr gibt? Dies sind nur zwei Beispiele, die dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorlagen und belegen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

dass es nationalsozialistische Hetze eben nicht nur bis 1945 gab.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Auf Ihre Hetze können wir auch verzichten! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so sehr mich und meine demokratischen Kollegen dies auch alles anwidert, ich glaube [...] schon, dass es Ihnen unter anderem darum geht.

*(Stefan Köster, NPD:
Glauben ist aber nicht wissen.)*

Da schaue ich mir nur die Texte der von Ihnen verteilten so genannten „Schulhof-CD“ an [...]

(Heike Polzin, SPD: Genau.)

Kleine Kostprobe gefällig?
(Udo Pastörs, NPD: Ja, gern.)

[...] Zitat: „Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht. Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht.“

*(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: So ist es.)*

Oder, ich zitiere: „Lass dich nicht von Blinden führen, von geistig Kranken kontrollieren,
(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

„dann wirst du Sieger sein und nie mehr verlieren.“

(Gabriele Mestan, DIE LINKE:
Also das ist doch ein Skandal!)

[...] das sind die Wahrheiten, die wir von diesen Kameraden dort zu erwarten haben! Das sind die Wahrheiten!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD:
Sie wollen multikulti, wir nicht!)

[...] die Herren von der NPD wollen offenbar noch mehr. Gedeckt von Recht und Gesetz dieser Demokratie wollen Sie anscheinend unser Land mit noch unerträglicheren Erüssen besudeln.

(Udo Pastörs, NPD:
Wo ist die Demokratie im „130er“? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Oder geht es Ihnen darum, dass Sie selbst Schriften verbreiten wollen,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine, nach Ihrer so genannten Rassentheorie minderwertige, religiöse oder durch Ihre von nationalsozialistischer Volkstümelei

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

bestimmte Gruppe aufstacheln,

(Udo Pastörs, NPD: Bleiben Sie ruhig!)

zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen diese auffordern?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das wird nämlich in Absatz 2 des § 130 StGB unter Strafe gestellt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

[...] Sie von der Fraktion der NPD wollen, dass es straflos ist, Schriften, Bilder und ähnliche Dinge zu verbreiten, die zu Willkürakten gegen Minderheiten, gegen Ausländer,

(Michael Andrejewski, NPD:
Ist schon strafbar. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

gegen religiöse Gruppen, gegen Behinderte, gegen Andersdenkende oder gegen Menschen ohne Arbeit und Einkommen aufrufen.

12 (Udo Pastörs, NPD: Das wissen Sie genau?!)

[...] Durch diesen Antrag können Sie die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

nun nicht länger glauben machen, dass in den Nadelstreifenanzügen oder Zimmermannshosen der NPD-Landtagsabgeordneten und deren Mitarbeiter anständige Kerle stecken,

(Udo Pastörs, NPD: Aber Sie!)

die nun endlich die Probleme der Einwohner dieses Landes lösen könnten.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
Volker Schlotmann, SPD,
Raimund Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

[...] der Begründung Ihres Antrages entnehme ich, dass Ihnen die Abschaffung von § 130 Absatz 3 StGB besonders am Herzen liegt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, dem auch. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Köster sollte erst mal lesen, was da drinsteht.)

[...] Nach § 130 Absatz 3 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft,

(Udo Pastörs, NPD: Wer etwas sagt, was andern nicht passt.)

wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in Paragraph 6 Absatz 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(Raimund Borrmann, NPD:
Gilt das auch für Kriegsverbrechen?)

Und in § 6 des Völkerstrafgesetzbuches geht es um Völkermord.

(Udo Pastörs, NPD:

Ach, erzählen Sie doch nicht hier! –
Stefan Köster, NPD:
Was hat denn Herr Bush getan?)

Es geht um die Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe zu zerstören.

(Udo Pastörs, NPD: Setzen Sie sich an einen Tisch mit den Kriegsverbrechern, Herrn Bush und so, und spielen!)

[...] Es geht um die Tötung von Menschen,
(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

die Zufügung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden, es geht um die Einrichtung von Konzentrationslagern, Zwangssterilisationen, Geburtenverhinderung und die Verschleppung von Kindern. [...] Mit Ihrem Antrag verfolgen Sie also das Ziel, dass es straflos sein soll, wenn die schlimmsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts verharmlost werden,

(Udo Pastörs, NPD: Auch ohne
Einschränkung forschen zu dürfen.)

wenn verharmlost wird, dass Juden oder Sinti und Roma planmäßig vernichtet wurden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

[...] Sie verfolgen das Ziel, meine Herren von der NPD, dass ohne Weiteres geleugnet werden darf, dass Homosexuelle oder Andersdenkende während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft inhaftiert, gequält und getötet wurden,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht wahr!)

dass Menschen mit Behinderungen oder Menschen ohne Arbeit,

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist nicht wahr, hat er gesagt.)

Einkommen beziehungsweise Wohnung –

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist Ihre blühende Fantasie.)

die Nationalsozialisten sprachen von Asozialen –

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja wohl ein Skandal!)

misshandelt und vernichtet wurden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD –
Volker Schlotmann, SPD: Nun ist aber
Schluss hier!)

[...] Durch die Streichung des Paragraphen der Volksverhetzung wollen Sie sogar, dass es straflos sein soll, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu billigen und gutzuheißen. Damit kommt zum Ausdruck, wes Geistes Kind Sie sind und was Sie wirklich wollen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bezwecken die Fraktionsmitglieder der NPD mit diesem Antrag? [...] Wollen Sie zum Rassenhass aufstacheln?

(Raimund Borrman, NPD:
Nein, wir wollen zum Denken anregen. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Wollen Sie die Bevölkerung gegen Minderheiten aufwiegeln, gegen Ausländer, gegen Menschen mit Behinderung, gegen Homosexuelle, gegen Schwache?

(Heike Polzin, SPD:
Das tun sie doch schon. –
Michael Andrejewski, NPD:
Die Schwachen machen Sie fertig.)

[...] Sie geben doch gern die Partei, die sich um die Schwächeren in unserer Gesellschaft kümmert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In Wirklichkeit ist die Ausgrenzung der Schwachen aus unserer Gemeinschaft Ihr politisches Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Jörg Heydorn, SPD:
Lesen Sie das Parteiprogramm!)

[...] Ihr Fraktionsvorsitzender hat am 31. Januar dieses Jahres hier im Plenum gesagt, ich zitiere: „Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten.“

(Udo Pastörs, NPD:
Weil man nur so Schwachen helfen kann. Das ist die Voraussetzung.)

„Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen.“

[...] Meine Herren von der NPD-Fraktion, wir müssen also festhalten, dass Sie in Wirklichkeit nichts, aber auch gar nichts von vermeintlich Schwachen halten, ob sie nun körperlich, sozial oder materiell schwach sind.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihr heutiger Antrag zielt offensichtlich darauf, dass Gruppen, die nicht zu Ihrem Weltbild passen,

(Tino Müller, NPD: Der Mond ist breiter.)

ungestraft beschimpft und herabgewürdigt werden dürfen.

(Stefan Köster, NPD:
Die Erde ist eine Scheibe.)

Vor allem geht es Ihnen wohl darum, Menschen einzuschüchtern,

(Raimund Borrman, NPD:
Das machen Sie doch auch.)

Menschen, die demokratische und humanistische politische Auffassungen haben, Menschen, die selbstständig denken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir schlagen keinen, Herr Borrman. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vielleicht geht es Ihnen mit Ihrem Antrag aber auch darum,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihre Parteikader und Gefolgsleute vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen?

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

[...] Noch im letzten Monat ist Hessens NPD-Chef zu einer Haftstrafe von vier Monaten verurteilt worden. Der Grund: Volksverhetzung wegen der Leugnung des Holocaust.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

[...] Oder geht es Ihnen, meine Herren, vielleicht um die Rehabilitierung Ihres ehemaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert, der bereits 1994 wegen Volksverhetzung in der Form der Leugnung des Holocaust zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt wurde? All zu weit von dessen Position scheint Ihr jetziger Parteivorsitzender nicht entfernt zu sein. Denn der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt sagte auf einer Parteiveranstaltung in Senden in Bezug auf das Holocaustmahnmal in Berlin, ich zitiere: „Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat“, so Udo Voigt.

(Dr. Wolfgang Methling,
DIE LINKE: Unerhört! –
Michael Andrejewski, NPD: Na und?! –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

[...] Wie viele Ihrer Parteimitglieder, Kader und Mitläufer können eigentlich nicht als Fraktionsmitarbeiter oder Wahlkreismitarbeiter eingestellt werden, weil sie vorbestraft sind,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Stefan Köster, NPD:
Wie viele denn?
Wie viele haben Sie abgelehnt?)

unter anderem wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

[...] Ich frage mich nur, ob Sie dann als Nächstes fordern,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und schweren Raub oder Körperverletzung straflos zu stellen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

denn das sind zum Beispiel einige der Delikte, wegen derer Ihr Mitglied des Bundesvorstandes und Leiter des Ordnungsdienstes Manfred Börm rechtskräftig verurteilt wurde.

(Stefan Köster, NPD: Anständiger Familienvater mit acht Kindern.)



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sprach im Namen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP, die ihr ihre Redezeit zur Verfügung gestellt hatten.

[...] Sie haben in Ihrer Begründung des Antrages ausgeführt, dass es Ihnen um die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit gehe.

(Unruhe bei Peter Ritter, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie das gehört?!)

Meine Herren von der NPD, [...] die Meinungsfreiheit gibt es bei uns. Jeder kann seine Meinung sagen

(Stefan Köster, NPD: Es sei denn, er hat die falsche. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

für Hartz IV, gegen Hartz IV, für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan oder dagegen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

[...] aber man kann sich nicht für die Vernichtung von Menschengruppen aussprechen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Das machen wir auch nicht.)

man kann nicht für Rassenhass sein, man kann nicht für das Quälen und Töten von Schwachen, von Menschen mit Behinderungen, Andersdenkenden oder Homosexuellen sein. Wer glaubt, wie Sie, das sei von der Meinungsfreiheit in unserem Staat umfasst, der verkennt die grundlegenden Werte des menschlichen Zusammenlebens.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und der Menschenwürde.)

Unmenschlichkeit hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

[...] Sie begründen Ihren Antrag unter Hinweis auf die Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) und 5 (Meinungsfreiheit) [...] getreu dem Motto: „Wir von der NPD argumentieren streng rechtsstaatlich.“ Sie, meine Herren, sind so unendlich weit von diesem Anspruch entfernt,

(Raimund Borrman, NPD: Das legen Sie fest.)

denn Sie lehnen ja die Demokratie ab, Sie lehnen auch das Grundgesetz ab. Sie wollen das doch alles beseitigen!

Redezeiten im Plenum

Die Redezeiten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der Plenarsitzung werden vorab im Ältestenrat festgelegt. Man einigt sich zunächst auf die Gesamtredezeit für den jeweiligen Antrag (Block). Daraus ergibt sich dann die Redezeit, die jeder Fraktion zur Verfügung steht. Für die Debatte zum Antrag der NPD „Abschaffung § 130 StGB“ war der Redeblock I vereinbart worden.

	Block I	Block II	Block III	Block IV	Block V
Gesamt (Angabe in Minuten)	30	45	60	90	120
davon:					
SPD	10	15	19	30	39
CDU	10	14	19	28	37
DIE LINKE	5	8	11	16	22
FDP	3	4	6	9	12
NPD	3*	4	5	7	10

*Die Mindestrededzeit einer Fraktion beträgt 3 Minuten.

(Stefan Köster, NPD: Wer sagt denn das?! – Dr. Armin Jäger, CDU: Das sagt sie doch dauernd. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herr Fraktionsvorsitzender, ich darf Ihnen an dieser Stelle die Passage Ihrer Rede,
(Raimund Borrman, NPD: Sie können doch nicht mal 1 und 3 unterscheiden.)

gehalten Anfang März dieses Jahres im brandenburgischen Halbe, in Erinnerung rufen. Ich zitiere: „Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel. Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Und wir haben ja schon auch den einen oder anderen politischen Tunnel gegraben, um dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen.“ So weit der Vorsitzende der NPD-Fraktion.

(Stefan Köster, NPD: Sie kennen ja noch nicht mal das Grundgesetz.)
Und gleichzeitig mimen Sie hier die Unschuld vom Lande,
(Heike Polzin, SPD: Ja.)

die dauerhaft verfolgt und in unserem Rechtsstaat ungerecht behandelt wird. All das, meine Herren, ist mehr als mimosenhaft.

(Reinhard Dankert, SPD: Richtig.)

[...] Wer wie Sie unsere Demokratie, unsere Gesellschaftsordnung und unseren Rechtsstaat vernichten will, muss damit leben, dass es rechtsstaatliche Vorkehrungen gibt, dies zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihr Versuch, die wahre Absicht des Antrages zu verschleiern, wird auch dadurch belegt, dass Sie das Fundament unserer Gesellschaftsordnung – festgeschrieben in Artikel 1 des Grundgesetzes –

(Michael Andrejewski, NPD: Nicht Artikel 3.)
ganz bewusst mit keiner Silbe erwähnen. [...] „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, heißt es dort.
(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

[...] Meine Herren von der NPD, das, was Sie mit Ihrem Antrag wollen, legt die Axt an zentrale Werte unserer Gesellschaft.
(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

[...] Auf diese Weise soll unsere Gesellschaft, die die Freiheit aller garantiert, nach und nach sturmreif geschossen werden. Über Hetze und Aufstachelung verschiedener Gruppen zielen Sie zunächst darauf ab, ein Klima der Angst

(Stefan Köster, NPD: Hören Sie doch auf mit Ihrer Fantasie!)

und letztlich Unruhen in unserer Gesellschaft, an deren Ende Chaos stehen soll, zu schaffen, Das ist Ihre wahre Absicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Michael Andrejewski, NPD: Dafür sorgen Sie selber. – Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Sie wollen Chaos,
(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Chaos, aus dem Sie Ihren Nutzen ziehen können,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Nutzen ziehen, damit Sie zur Macht gelangen können.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das ist doch Ihre wahre Absicht. Sagen Sie das doch so!

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Ein Chaos, an dessen Ende ein totalitärer Führerstaat stehen soll,

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

ein Staat, in dem der Einzelne nichts gilt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

in dem kein Platz sein würde für Schwache und Andersdenkende.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

[...] Wer heute zur Sozial- oder Hartz-IV-Beratung in Ihren Bürgerbüros vorbeischaute, der soll wissen, dass Sie ihn tief in Ihrem Inneren verachten –

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ja.)

schließlich ist er nach Ihrer Definition schwach –

(Stefan Köster, NPD: Sie haben das Gesetz doch eingeführt.)

und dass Sie, so Sie es könnten, diese Menschen sortieren würden nach deren Wert für Ihre Weltordnung.

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Sie missbrauchen die Bürgerinnen und Bürger, indem Sie mit deren Ängsten spielen und daraus Kapital zu schlagen versuchen.

(Raimund Borrman, NPD:

Warum haben denn die Leute Angst?!

Weil Sie sie dazu getrieben haben! –

Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,

und Raimund Borrman, NPD)

[...] jede und jeder, [...]

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD – Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD)

der sich offen und ehrlichen Herzens zur Demokratie bekennt, jeder anständige Mensch in Mecklenburg-Vorpommern wird verhindern, dass ein solches Klima, das Sie wollen, bei uns Fuß fassen kann, dass Ihre Absichten niemals auch nur in die Nähe der Wirklichkeit geraten können. Ihre menschenverachtenden Positionen haben in diesem Haus, in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland nichts zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –

Stefan Köster, NPD:

Sechs Plätze haben wir schon.)

Gestatten Sie mir, mit einem Zitat von Bertolt Brecht zu schließen [...] „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ – Vielen Dank.“

Michael Andrejewski, NPD:

„Es geht darum, politische Gegner zu verfolgen“



„Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, kürzlich habe ich mir den kleinen Scherz geleistet, Sie, LINKE, SPD, CDU und den Bürgermeister von Anklam, Galander, mal selber wegen 130 anzuzeigen. [...] Der Grund war folgender: In einer gemeinsamen Erklärung wurde die NPD als ein hochgiftiges Gebilde bezeichnet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Recht hat die Erklärung.)

[...] Ich habe gesagt, wer Menschen als hochgiftiges Gebilde darstellt, der ent-

menschlicht sie, der sagt, sie sind Viren und Krankheitserreger, und das geht auf Ausrottung hinaus. [...]

Und wissen Sie, Frau Abgeordnete Bretschneider, was bei dieser Anzeige herauskommen wird? Gar nichts, weil Volksverhetzung nämlich zum Teil als Wortlaut gut klingt. Aber das galt auch für die Meinungsparagrafen der DDR. Da gab es Boykottetze, Hetze gegen den Frieden, staatsfeindliche Hetze, da war immer die Rede vom Frieden und von der Völkerfreundschaft.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie kennen sich ja gut aus mit der DDR.)

Das klang alles super, [...] Aber er ist eben nur eine Maske, die dauernd fällt, bei jedem Urteil. Es geht nur darum, politische Gegner zu verfolgen, während Sie permanent zum Hass gegen uns aufstacheln, und zwar in einer Weise, die wirklich schon wahnwitzige Züge hat und von der man nur sagen kann, wenn das alles ernst gemeint ist, wenn ich das mal alles zusammenstelle, was Sie über uns sagen, dann sehe ich uns in der Tat demnächst sonstwo. Dann sind wir nicht mehr lange am Leben, wenn Sie das alles ernst meinen würden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sollten mal ganz ruhig sein, denn der Hass und die Intoleranz, das ist Ihre Hausnummer, nicht unsere.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja, ja.)

[...] Vielen Dank.“

Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung am 20. September 2007.

Ostseeraum zur Modellregion Europas entwickeln

Ostseeparlamentarier berieten in Berlin

Soziale Wohlfahrt, Maritime Politik und Energiesicherheit waren politische Schwerpunktthemen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz, zu der der Deutsche Bundestag am 27. und 28. August nach Berlin eingeladen hatte. Im Fokus der Politik standen Maßnahmen, den Ostseeraum in Bezug auf Energiefragen, eine integrierte Meerespolitik sowie auf Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Wohlfahrt zu einer Modellregion in Europa zu entwickeln. Auf der Grundlage seiner Aktivitäten im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee konnte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern für diese Themenbereiche politische Handlungsempfehlungen einbringen, die in der Konferenzresolution berücksichtigt worden sind.

Mehr als 200 Teilnehmer erörterten die Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Als wesentliche Handlungsfelder standen Energiefragen unter Berücksichtigung des Klimawandels, die Beseitigung von Mobilitätshindernissen und faire Arbeitsbedingungen auf dem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt sowie weitere meeres- und umweltpolitische Maßnahmen zur Diskussion.

Als Delegationsleiterin stellte die 1. Vizepräsidentin des Landtages, **Renate Holznagel**, heraus, dass die Lösung von Energie- und Klimafragen bereits heute eine zentrale politische Herausforderung sei. Man müsse zukünftig zu erheblichen Effizienzverbesserungen bei der Energieerzeugung auf der Grundlage fossiler Energieträger gelangen. Darüber hinaus seien erneuerbare Energiequellen, insbesondere unter Berücksichtigung des regionalen Biomassepotenzials, die

Nutzung der Solar-, Wind- und Wasserenergie wesentlich stärker als bisher zu fördern und zu unterstützen.

Die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten, der Ostseerat sowie die EU wurden aufgefordert, in Energiefragen enger als bisher zusammenzuarbeiten, den Informationsaustausch zu verstärken und Maßnahmen zu ergreifen, Energie effizienter zu erzeugen und zu nutzen. In diesem Zusammenhang plädierten insbesondere Vertreter Polens und der baltischen Staaten für Maßnahmen, die zur Erhöhung der Versorgungssicherheit beitragen und die Abhängigkeit von einzelnen Versorgern reduzieren können.

Auf dem Arbeitsmarkt soll das Gleichbehandlungsprinzip von Arbeitnehmern unterschiedlicher Herkunftsländer stärker berücksichtigt werden. Außerdem sollen regionale Informationszentren die Mobilität von Arbeitnehmern fördern und diese insbesondere über steuer- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten und Qualifizierungsmöglichkeiten informieren.

Es wurde beschlossen, für die Themenfelder „Energie und Klimawandel“ sowie „Arbeitsmarkt und Soziales“ Arbeitsgruppen einzurichten, an denen sich Abgeordnete nationaler sowie regionaler Parlamente beteiligen werden.

Im Hinblick auf eine integrierte europäische Meerespolitik wurden die Ostseeanrainerstaaten aufgefordert, die bestehenden völkerrechtlichen Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt zu ratifizieren, die illegale Fischerei energischer zu bekämpfen und die maritime Sicherheit weiter voranzubringen. Darüber hinaus stehen insbesondere die Stärkung der Arbeit der Küstenwachen, die Förderung weiterer satellitengestützter Navigationstechnologien wie GALILEO in Verbindung mit GMES, ein verstärkter Einsatz von Seelotsen sowie die Anwendung der aus der Flugsicherung bekannten Grundsätze auf die Überwachung

und Regelung des Seeverkehrs auf der gesamten Ostsee im Vordergrund.

„Die Meerespolitik stellt für unseren Landtag seit Jahren einen Arbeitsschwerpunkt dar. Umso mehr freue ich mich, dass das in uns und den dänischen Folketing gesetzte Vertrauen bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM durch eine Verlängerung des Mandats bestätigt wurde. Mit unserem Bericht konnten wir die Konferenz für die derzeit sehr zähflüssigen Kommissionsverhandlungen zur Entwicklung des HELCOM-Ostseeaktionsplans politisch sensibilisieren“, sagte Landtagsvizepräsidentin Holznagel nach Abschluss der Beratungen. Sie sei stolz darauf, dass wesentliche Ergebnisse der Arbeit der Fachausschüsse des Landtags, die in BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung eingebracht wurden, angenommen worden seien, fügte sie hinzu.

BSPC

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) tagt seit 1991 einmal im Jahr. Sie will die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten in der Region stärken. Ebenso soll der Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft verbessert werden. Politische Maßnahmen in der Ostseeregion sollen initiiert und begleitet werden, wodurch diese eine stärkere Legitimation und parlamentarische Billigung erfahren.

In der BSPC arbeiten Vertreter der nationalen und regionalen Parlamente von Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Åland, der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, der Karelischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, der Länderparlamente von Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie Vertreter des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Nordischen Rates mit.

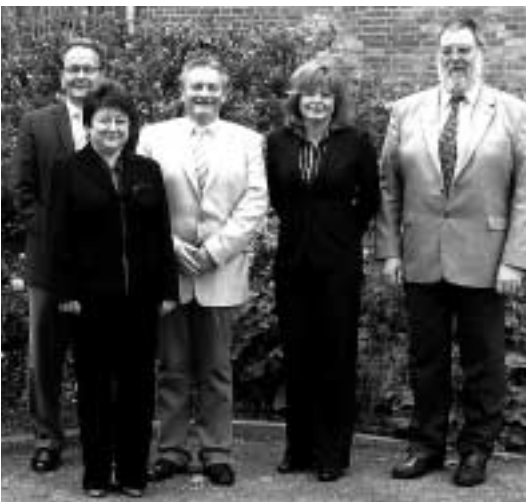


Vertraten den Landtag M-V bei der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin: v.l. Detlef Müller (SPD), Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses; Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel (CDU), Sigrun Reese (FDP), Birgit Schwabs (DIE LINKE).

Soziale Sicherung im Focus

Bürgerbeauftragte berieten
in Schwerin

Die parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten in Deutschland trafen sich vom 1. bis 3. Oktober 2007 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Tagung in Schwerin diente dem Erfahrungsaustausch der vier auf Landesebene tätigen Bürgerbeauftragten. Neben Mecklenburg-Vorpommern haben die Parlamente von Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen Ombudsleute als direkte Ansprechpartner für die Bürger eingesetzt.



Bürgerbeauftragte der Länder berieten in Schwerin. v.l.: Thomas Richert (Stellvertreter der BB Schleswig-Holstein), Silvia Liebaug (BB Thüringen), Bernd Schubert (BB Mecklenburg-Vorpommern), Birgit Wille-Handels (BB Schleswig-Holstein), Wolfgang Schloh (Stellvertreter des BB Mecklenburg-Vorpommern)

Die Schwerpunkte der Beratung wurden von den aktuell vorgetragenen Problemen der Menschen in den Ländern bestimmt. Dabei standen soziale Themen im Vordergrund. Bernd Schubert, Bürgerbeauftragter des Landes Mecklenburg-Vorpommern: „Die sozialen Themen sind Brennpunkte in der Arbeit aller Bürgerbeauftragten, ob nun Arbeitslosengeld I und II, Pflegeversicherung oder Kinderzuschlag. Die soziale Sicherung, der Erhalt des Lebensnotwendigen, ist der Anspruch, den wir hegen. An dieser Stelle wollen wir ansetzen, vermitteln, nach Lösungen suchen.“

Ein weiteres Arbeitsthema war durch die Häufigkeit der Beschwerden nicht nur in unserem Bundesland vorbestimmt: Die Rundfunkgebühren nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag. Hierbei geht es nicht um

die Höhe, die jüngst Anlass einer höchststrichlichen Entscheidung war, sondern um Regelungen zu Sonderfällen, wie Ferienwohnungen, und zum komplizierten, zumindest bürokratischen Verfahren bei Befreiungsanträgen. Ziel sei gewesen, so Schubert, eine einheitliche Vorgehensweise abzustimmen, um auf der jeweiligen Landesebene eine Sensibilisierung zu erreichen, die im besten Fall zu einer Überarbeitung des Vertragswerkes führen könnte. Die Bürgerbeauftragten wollen verstärkt das Gespräch mit der GEZ suchen und ihr Vorgehen mit den Staatskanzleien koordinieren. Der Bürgerbeauftragte aus Mecklenburg-Vorpommern wird im November 2007 ein erstes persönliches Gespräch mit dem Geschäftsführer der GEZ führen, um auf bürgerfreundliche Verfahrenspraktiken hinzuwirken.

Weitere Themen der Beratung waren die Pflegeversicherung, der Kinderzuschlag, der Umgang mit Bundesbehörden und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Volkszählung

Verfassungsgrundsätze beachten

„Verfassungsrechtliche Grundsätze des Volkszählungsurteils müssen auch bei der Durchführung eines registergestützten Zensus beachtet werden,“ betonte Karsten Neumann, Landesbeauftragter für den Datenschutz Mecklenburg-Vorpommern, während der Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 17. September in Berlin.

Neumann, der als Sachverständiger zum Gesetzentwurf für eine neue Volkszählung (Zensus) im Jahr 2011 vor dem Ausschuss Stellung nahm, wies darauf hin, dass „der Abgleich von Datenbeständen nicht weniger intensiv in die Rechte der Betroffenen eingreift, als eine persönliche Befragung“. Auch die neue Volkszählung berge die Gefahr in sich, dass die erhobenen Daten nicht nur für die Statistik, sondern über die Rückmeldung an die Meldeämter durch diese für viele weitere Zwecke, beispielsweise die Zweitwohnungssteuer, genutzt werden können. „Der Bundestag wird sich mit der Frage beschäftigen müssen, ob dies vor dem Hintergrund der Verfassung zulässig ist“, so Neumann zu den wichtigsten Datenschutzbedenken.

Am 28. März 2007 hatte das Bundeskabinett dem Entwurf eines Zensusvorbereitungsgesetzes 2011 zugestimmt und beteiligt sich damit an dem von der Europäischen Union

für das Jahr 2011 geplanten gemeinschaftsweiten Zensus. In der Bundesrepublik soll diese Volkszählung erstmals als „registergestützter Zensus“ durchgeführt werden, das heißt, dass nicht wie bei den bisherigen Volkszählungen alle Einwohner befragt, sondern hauptsächlich Melderegister, Register der Bundesagentur für Arbeit und andere Verwaltungsregister ausgewertet werden. Befragungen sollen diese Auswertungen ergänzen. Die Daten sollen also in erster Linie anhand vorhandener Dateien gewonnen werden. Liegen den statistischen Ämtern der Länder Anhaltspunkte auf unvollständige oder fehlerhafte Daten vor, dürfen sie den Meldebehörden diese Anschriftenbereiche zur Klärung von Differenzen übermitteln. Die Einhaltung des im Volkszählungsurteil verankerten Gebotes der strikten Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug wird nach Meinung der Datenschutzbehörden durch die jetzige Gesetzesformulierung nicht ausreichend gewährleistet.

Beziehungen vertiefen

Botschafter der Republik
Moldau zu Gast

Am 4. September stattete der Botschafter der Republik Moldau, S.E. Herr Dr. Igor Corman, dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab.



Hier wurde er von Renate Holznagel empfangen und trug sich ins Gästebuch ein. Die 1. Vizepräsidentin des Landtages informierte den Diplomaten über die neue Zusammensetzung des Landtages nach der Wahl im vergangenen Jahr. Corman, seit 2004 Botschafter der Republik Moldau in Deutschland, betonte, dass Deutschland als „wichtigste europäische Macht und als dritt-wichtigste Macht in der Welt“ für sein Land

von großer Bedeutung sei. Moldova, wie das Land Moldau in der Landessprache heißt, sei sehr daran interessiert, die Beziehungen zu Deutschland in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu vertiefen.

Moldova liegt in Südosteuropa. Es grenzt im Westen an Rumänien, im Norden, Osten und Süden wird es von der Ukraine umschlossen. Früher gehörte Moldawien zur Sowjetunion und erlangte 1991 seine Unabhängigkeit. Seit dem Bürgerkrieg 1992 ist die Ex-Sowjetrepublik faktisch geteilt. Der bis heute ungelöste Konflikt mit Transnistrien bremsst die Entwicklung des Landes. Seit 2001 wird Moldova von einer kommunistischen Regierung geführt. Die Republik strebt die assoziierte Mitgliedschaft in der EU ab 2007 an.

Lärmschutz im Interesse der Umwelt

Landtag lobt zum 10. Mal
Umweltpreis aus

„Innovativer Lärmschutz im Interesse der Umwelt“ – so lautet diesmal das Thema für den Umweltpreis des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Damit greift der Landtag erstmals eine Problematik auf, die man nicht sehen, sondern nur hören und in ihren negativen Auswirkungen fühlen kann: den Lärm. Gesucht werden Projekte, Leistungen und Initiativen, die Vorbildfunktion haben, an anderer Stelle wiederholbar sind und dazu beitragen, Mecklenburg-Vorpommern im Einklang mit den Erfordernissen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sowie des Tourismus zum Gesundheitsland Nr. 1 in Deutschland zu entwickeln.

„Inzwischen ist Lärm zu einem gravierenden Umweltproblem geworden“, erklärt **Matthias Lietz**, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und Vorsitzender der Umweltpreis-Jury, in seinem Grußwort zur Ausschreibung. Lärm habe auf den Menschen viele negative Auswirkungen. Diese reichten von dem Gefühl, belästigt zu werden, bis zu akuten oder chronischen Gesundheitsschäden. „Über 80 Prozent der Deutschen sind in irgendeiner Weise vom Lärm betroffen, die Hälfte von ihnen zeitgleich durch mehrere Lärmquellen“, so Lietz. Die häufigsten Beeinträchtigungen durch Lärm seien Behinderung der Kommunikation, Schlafstörun-

gen, Konzentrationsminderung, Belastung des Herz-Kreislauf-Systems, Schwerhörigkeit und Tinnitus sowie Einschränkung der Erholung und Entspannung. Experten warnen davor, dass schon im Jahre 2010 in Deutschland etwa 20 Millionen hörgeschädigte Menschen leben würden. Die von der Gesellschaft infolge direkter Lärmschädigung zu tragenden finanziellen Aufwändungen würden dramatisch ansteigen. „Deshalb muss die Bekämpfung des Lärms mehr noch als bisher als eine gesamtgesellschaftliche und ressortübergreifende Aufgabe verstanden werden“, betont Matthias Lietz.

Mit seiner Themenwahl greife der Landtag eine Anregung des Vereins „Haus der Begegnung e.V.“ der Landeshauptstadt Schwerin auf, der sich der Bekämpfung des Lärms verschrieben habe, erklärt Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** und Schirmherrin des Umweltpreises. Am 25. April hatte der Verein aus Anlass des „International Noise Awareness Day“, des „Tages gegen den Lärm“, im Schweriner Schloss eine Fachtagung „Tag der Ruhe – gegen den Lärm“ durchgeführt. Zugleich ordnet sich die Themenwahl für den Umweltpreis auch in den großen Rahmen ein, den das Europäische Parlament und der Europäische Rat mit der Verabschiedung der Umgebungslärmrichtlinie geschaffen haben, die 2005 in nationales Recht umgesetzt wurde. Auf dieser Grundlage wurden bis Mitte 2007 für Ballungsräume, Hauptverkehrsstraßen, Hauptbahnhauptstrecken sowie Großflughäfen strategische Lärmkarten aufgestellt. Diese bilden die Grundlage für die bis zum Sommer 2008 abzuschließende Erarbeitung von Aktionsplänen zur Regelung von Lärmproblemen.

Seinen Umweltpreis zum Gedenken an Ernst BOLL lobt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit 1992 aus. Der Neubrandenburger Naturforscher, Historiker und Privatgelehrte machte sich insbesondere um die Landes- und Naturgeschichte seiner Heimat Mecklenburg verdient. Politisch war er in den Gremien der Reformbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts an der Seite von Fritz Reuter engagiert. Der Umweltpreis des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor der einzige Umweltpreis in Deutschland, der von einem Landesparlament vergeben wird. Er ist mit 25.000 Euro dotiert und hat zum Ziel, herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz auszuzeichnen und zu würdigen sowie die weitere Arbeit der Preisträger zu fördern.

Bewerbungen können bis zum 29. Februar 2008 an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz eingereicht werden. Dort erhält man auch die Bewe-



Mit einem Energiesparkonzept für ihre Schule gewannen Schülerinnen und Schüler aus Stavenhagen den Umweltpreis des Landtages 2005/2006.

bungsunterlagen. Diese können auch auf der Website des Landtages www.landtag-mv.de heruntergeladen werden.

Umweltpreis des Landtages

- 1992 Ehrung des Lebenswerkes von bedeutenden Naturschützern
- 1993 Sanierung und Rekultivierung von Gewässern
- 1994 Vorbildliche Maßnahmen und Initiativen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung
- 1995/96 Konkrete Projekte und Initiativen, die vorbildhaft die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern mit den Belangen eines umweltverträglichen Tourismus verbinden
- 1997/98 Beispielhafte Projekte zur Verminderung von Treibhausgasen
- 1999/00 Nachhaltige Entwicklung – Zukunftschancen für Mensch und Umwelt in M-V
- 2001/02 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume – Schutz von Natur- und Umweltressourcen in Mecklenburg-Vorpommern
- 2003/04 Bestandsaufnahme und Analyse von Gewässern im weiteren Umfeld von Schulen und Berufsschulen sowie die Entwicklung von Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Wassergüte
- 2005/06 Nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und der Einsparung von Energie an Schulen und Berufsschulen
- 2007/08 Innovativer Lärmschutz im Interesse der Umwelt

Für demokratische Werte sensibilisieren

Ausstellung zu Rassismus und Ausgrenzung im Landtag eröffnet

Sie stehen vor den Schrifttafeln und lesen aufmerksam. Sitzen, den Kopfhörer übergestülpt, vor dem Bildschirm mit dem Musikvideo. Oder schauen – ein bisschen ratlos, wie es scheint – auf eine Wand mit 25 Monitoren. Sie, das sind gut 20 Schüler zwischen 16 und 18 Jahren vom Schweriner Gymnasium Fridericianum. Die ersten Besucher einer besonderen Ausstellung im Landtag. „Labyrinth X“ heißt die Schau, die auf ungewöhnliche Weise über Rassismus und Ausgrenzung informiert. Die Schüler sind an diesem Montagmorgen ganz freiwillig hier, obwohl sie eigentlich hätten ausschlafen können. Am Fridericianum ist an diesem Tag keine Schule. Ihr Sozialkundelehrer aber habe sie auf die Ausstellung aufmerksam gemacht. Für Theresa war es keine Frage, hierher zu kommen. „Das Thema interessiert mich“, begründet sie. „Ich finde es wichtig, mich damit auseinanderzusetzen. Da wird insgesamt noch zu wenig getan.“ Das sehen ihre Altersgefährten offenbar ähnlich. „Die Rechten haben Zulauf“, sagt einer. So gehen sie aufmerksam durch die Ausstellung in der Hofdornitz, dem schmucken Gewölberaum im Schweriner Schloss, in dem der Herzog einst seine Waffen- und Geweihsammlung aufbewahrte.

Jetzt sind hier Informationstafeln aufgebaut, Skulpturen, verschiedene Bildschirme und eben jene rätselhafte Wand aus 25 Monitoren. Von jedem Bildschirm redet ein junger Mensch auf den Betrachter ein. Ein babylonisches Sprachengewirr. Die jungen Leute in den Videos stammen aus verschiedenen Nationen und stellen sich parallel in ihren jeweiligen Sprachen vor. Die Porträtierten hat-



Schülerinnen und Schüler des Schweriner Gymnasiums Fridericianum im „Labyrinth X“ – einer Ausstellung zu Rassismus und Ausgrenzung, die der Landtag in der Hofdornitz des Schweriner Schlosses präsentiert.

ten an Workcamps in Mecklenburg teilgenommen und sind von hiesigen Altersgefährten befragt und gefilmt worden, wie Inga Hinrichs erklärt. Sie ist Geschäftsführerin des Zentrums für Bildung, Erholung und Freizeit (Zebef) in Ludwigslust, Trägerverein der Ausstellung. Seit der Premiere im November 2004 in Ludwigslust wurde sie in zahlreichen Städten Mecklenburg-Vorpommerns gezeigt. Mit jeweils bis zu 1200 Besuchern sei die Resonanz bislang gut gewesen, sagt Inga Hinrichs. Eine notwendige Ausstellung, findet auch sie. In einer Zeit, in der rechtsextreme Strömungen verstärkt Anklang zu finden scheinen und scheinbar einfache Antworten gefragt sind.

„Für demokratische Werte sensibilisieren“, beschreibt die Berliner Politologin Barbara Hubig ein wesentliches Anliegen der Ausstellung. Zum Nachdenken animieren. „Wir haben bewusst vielfältig und fremd inszeniert“, erklärt die Wissenschaftlerin, die Kuratorin der Schau ist. „Wir wollen irritieren und gewohntes Denken stören“, erklärt sie die Form und nennt das große Ziel: den Menschen Selbstbewusstsein und Souveränität mit auf den Weg geben. „Je stabiler die Menschen sind, je mehr sie in sich selbst ruhen, desto selbstständiger können sie ihre Entscheidungen treffen und desto weniger anfällig sind sie für Verführungen aller Art“, ist Barbara Hubig überzeugt.

So sollen sich die Besucher der Ausstellung mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen und eigene Schlüsse ziehen. Der Weg ist nicht streng vorgezeichnet. Jeder kann sich seinen Zugang selbst wählen. Die meisten

Schüler an diesem Morgen beginnen im Text- und Fotoaum, der sich gleich am Eingang befindet. Sie erfahren etwas über historische Entwicklungen und darüber, dass Rassismus und Ausgrenzung weit in die Geschichte der Deutschen zurückreichen. Die Schüler lesen nicht alles, sie wählen aus und suchen weiter, was sie interessiert. Den Musikclip der



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Schirmherrin der Ausstellung, trägt sich bei der Eröffnung in das Gästebuch ein.

Ludwigsluster Punk-Rock-Band „Drank milk“ beispielsweise. Oder das „stumme“ Video „i?“ des iranischen Künstlers Shahram Entekhabi, der den Weg eines Individuums durch die Stadt verfolgt. Eines einsamen Menschen, der nicht wahrgenommen wird von seiner Umgebung, weil die sich nicht für ihn interessiert. Oder sie stehen vor jener Videowand mit den 25 Jugendlichen, die Sprachen- und Kulturenviefalt fühlbar, erlebbar machen soll.

Matthias und Ragnar gefällt vor allem die Vielfalt der Ausstellung. Was sie erfahren, ist ihnen so neu nicht. „Aber man wird doch wieder wachgerüttelt“, stellen sie fest, Und erinnert, wie an die Brandanschläge von Rostock-Lichtenhagen Anfang der neunziger Jahre. Da waren die beiden erst wenige Jahre alt.

Barbara Hubig sucht am Ende das Gespräch mit den Schülern. Sie hat bewusst auf eine Einführung vor dem Rundgang verzichtet. Die Jugendlichen sollten unbeeinflusst von Vorgaben die Ausstellung gewissermaßen „erfühlen“. Die Schüler fragen, geben Anregungen und sparen auch nicht mit Kritik. Sie setzen sich auseinander mit dem, was sie gerade gesehen haben. Ein Ziel der Ausstellung, so scheint es, haben die Organisatoren damit erreicht.

Die Ausstellung in der Hofdornitz des Schweriner Schlosses ist bis 30. November 2007, dienstags bis sonntags, jeweils von 10.00 bis 17.00 Uhr, geöffnet. Der Eintritt ist frei. Der Eingang befindet sich an der Seeseite des Schlosses über der Orangerie.

Adressfeld für Abonnenten

Tag der Deutschen Einheit in Schwerin



60 : 40 aus Schwerin



KARAT



v. l. Landtagspräsident des Saarlandes Hans Ley, Wirtschaftsminister Jürgen Seidel, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Präsident des Landesverfassungsgerichts M-V Dr. Gerhard Hückstädt bei der Andacht im Dom.

